

Malsfeld



konkret

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei

Nr. 1/Februar 1988

Wasser und Abwassergebühren werden zweckentfremdet verwendet:

Der Gebührenschwindel

In der Gemeinde Malsfeld werden Wasser- und Abwassergebühren zweckentfremdet verwendet! Die Bürger zahlen wesentlich höhere Gebühren als notwendig!
Zu diesem Schluß kam die Malsfelder DKP bei der Untersuchung des Haushaltsplans 1988.

Und das sind die Gründe:

► Durch den Anschluß von Brauerei und Wildsbergquelle an die Kläranlage sind die Einnahmen der Gemeinde aus Abwassergebühren um 45 % gestiegen, daß sind 228.000 DM im Jahr!

► Die Gemeinde hat bisher den gesamten Kläranlagen- und Kanalbau finanziert, ohne einen Pfennig Kredit aufnehmen zu müssen.
Trotzdem wurden im Haushaltsplan "kalkulatorische Zinsausgaben in Höhe von 260.000 DM angesetzt!

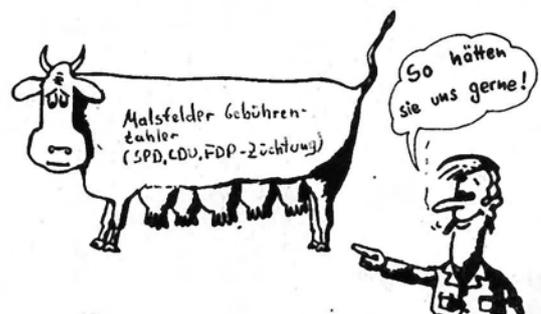
► Für jeden Kubikmeter Abwasser zahlen die Bürger also 1,15 DM Zinsen, obwohl die Gemeinde keine Zinsausgaben hat!!

► Die früher für die Wasserversorgung aufgenommenen Kredite sind abgezahlt.
Trotzdem enthält der Haushaltsplan hier 110.000 DM Zinsen.

Auch hier zahlen die Bürger je cbm Wasser 0,41 DM Zinsen, ohne daß die Gemeinde Zinsausgaben hat!

Weiter enthalten die Wasser- und Abwassergebühren insgesamt 398.000 DM "Abschreibung", das sind 1,70 DM je cbm.
Auch das sind nur "kalkulatorische", also keine "echten" Ausgaben!

Wir sind doch keine Milchkühe!



SENKUNG des Wasserpreises

NICHT MEHR GEBÜHREN ALS NOTWENDIG!
KEIN WASSERGELD FÜR ANDERE ZWECKE!

DKP

*aktiv für die ankommende
Gesellschaft*

DER GEBÜHRENSCHWINDEL

Fassen wir zusammen:

Die Gemeinde nimmt im Jahr 1988 ein:

350.000 DM	Wassergebühren
728.000 DM	Abwassergebühren
57.000 DM	Sonstiges (Zählergebühr u.a.)
<u>1.135.000 DM</u>	

Sie hat an laufenden Ausgaben:

194.000 DM	für Wasserversorgung
173.000 DM	für Abwasserbeseitigung
<u>367.000 DM</u>	

Der **Überschuß** beträgt also:

768.000 DM !!

Die Gebühren sollen neben den laufenden Ausgaben auch den Bau von Wasser- und Abwasseranlagen mitfinanzieren. In 1988 werden hierfür insgesamt 1.115.000 DM investiert. Nach Abzug der Landeszuschüsse und der Kanalanschlußbeiträge sind davon noch **500.000 DM** abzudecken.

Wenn also die Gemeinde alle diese Investitionen sofort bezahlt, verbleiben immer noch **268.000 DM** zuviel gezahlte Wasser- und Abwassergebühren! Dieses Geld verwendet die Gemeinde für Zwecke, die mit dem Wasser nichts zu tun haben!

Die Wassergebühren sind nicht kostendeckend, sonder weit überhöht!!

Zur Abdeckung aller Kosten und sofortigen Zahlung aller Investitionen genügt eine Wassergebühr (Wasser+Abwasser) von **3,65 DM !**

Werden die Investitionen z.B. auf 10 Jahre bei 5% Zinsen finanziert, genügen

ca. **2,00 DM !!**

Tatsächlich wird verlangt:

- Wasser	1,50 DM
- Abwasser	3,25 DM
	<u>4,75 DM</u>

Lieber als die Hände
die Faust in der Tasche
auf den Tisch Mitmachen - Mitglied werden!
DKP

KOMMENTAR



Heinz Schneider
Guthardtstr. 6
Malsfeld

Tel.: 05661/50168

Ich muß sagen: Ich fühle mich belogen und betrogen!

Wenn ich das Loch vor Augen habe, welches das Wassergeld in die Haushaltskasse meiner 5-köpfigen Familie reißt, und dann den Haushaltsplan unserer Gemeinde nachrechne, überkommt mich die Wut!

Ich bin für eine Kläranlage, weil sie ein Beitrag zum Schutz unserer Umwelt ist. Mir ist auch klar, daß sie Geld kostet. Aber war es nicht schon Schurkerei genug, daß wir die Kläranlagenbeiträge für Brauerei und Quelle mitbezahlen mußten? Wie können Gemeindevertreter auf die Idee kommen, ihren Wählern fast 5 Mark für den Kubikmeter Wasser abzunehmen, wenn die halbe Gebühr zur Finanzierung aller Ausgaben ausreicht!

Was auch immer mit unserem Wassergeld finanziert werden soll: Eine solche Gebührenpolitik ist zutiefst unsozial! Sie benachteiligt besonders kraß diejenigen, die eigentlich entlastet werden müßten: Familien mit Kindern, denn wo sollen die Wassergeld einsparen? Noch schlimmer werden unsere Landwirte benachteiligt, wenn sie ihr Vieh nicht verdursten lassen wollen.

Vor diesem Hintergrund wundert es mich nicht, daß wir Malsfelder die höchsten Wassergebühren weit und breit zahlen. Es wundert mich auch nicht mehr; daß Gemeinden wie Spangenberg, Körle oder Alheim mit Gebühren von ca 3,00 DM auskommen - trotz Kläranlagen!

Ich werde mich, wie alle Malsfelder Kommunisten, für einen gerechten und sozialen Wasserpreis einsetzen. Und ich meine: Gemeindevertreter, die einer solchen Gebührenpolitik zustimmen, gehören schlicht und einfach abgewählt!



AUCH GEMEINDE NICHT ZUSTÄNDIG ??

Seltsame Blüten treibt der Vorschlag der DKP zur Verbesserung der Situation an der Beisebrücke im OT Beiseförth. Nachdem sich der Ortsbeirat für "unzuständig" erklärt hatte (siehe Malsfeld Konkret 5/87), wurde der Antrag an den Gemeindevorstand weitergeleitet. Nun hat die DKP einem Brief vom Bürgermeister erhalten. Darin erklärt Herr Stöhr, daß die Gemeinde "weitere Überlegungen zunächst zurückstellt", da die Angelegenheit vom Straßenbau- und Wasserwirtschaftsamt überprüft wird. Im Klartext heißt das doch: Die Gemeinde will sich nicht um den Vorschlag kümmern und die Planung den Ämtern überlassen! Dabei haben wir gerade diese Planung (Anhebung der Fahrbahn) abgelehnt und einen billigeren Alternativvorschlag gemacht. Wir fordern die Gemeindegremien nochmals auf, sich für eine bürgerfreundliche Lösung einzusetzen! Die Beiseförther haben ihre Abgeordneten nicht gewählt, damit sie auf die Entscheidungen irgendwelcher Ämter warten!

Letzte Meldung * letzte Meldung * letzte M

Auf einem "Bürgergespräch" der Beiseförther FDP am 11.2. stieß der DKP-Vorschlag zur Beisebrücke auf einhellige Zustimmung bei allen Anwesenden. Der FDP-Gemeindevorteiler Karl Brehm versprach deshalb, den Vorschlag als Antrag in der Gemeindevertretung einzubringen.

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Zum internationalen Frauentag 1988 findet am Freitag, dem 4. März 1988 um 20.00 Uhr eine Veranstaltung der DKP im Dorfgemeinschaftshaus Melsungen-Adelshausen statt. Die Liedermacherin Helga Mangold tritt mit ihrem Programm "Ich will leben wie ein Mensch" auf. Eine Kollegin aus Rheinhausen wird aktuell berichten.

Die Jahreshauptversammlung der DKP Malsfeld findet am Samstag, den 19. März 1988, um 13.00 Uhr im DGH Beiseförth (Bergstr.) statt. Ab 16.00 sind alle Bürger der Großgemeinde zu Kaffee und Kuchen willkommen.



Liebe Leserin, lieber Leser !

viel diskutiert wird zur Zeit der Autobahnzubringer nach Ostheim. Wir werden uns in der nächsten Ausgabe der "Malsfeld Konkret" ausführlich mit diesem Thema befassen. Was denken Sie über die Planungen? Schreiben Sie uns doch ihre Meinung oder rufen Sie an.



Norbert Blüm: Warum die Gesundheitsreform jetzt notwendig ist



Wort gehalten:



Wir senken die Steuern

... für die Reichen

Einkommensmillionäre zahlen 43000 DM weniger pro Jahr, bei einem Jahreseinkommen von 300000 DM spart man ca. 15500 DM an Steuern.

Der Normalverdiener dagegen...

spart zwischen 10 DM und 800 DM im Jahr. Aber dafür werden die Steuern für Benzin, Schnaps und Zigaretten erhöht. Von einer Mehrwertsteuererhöhung ganz zu schweigen.

AUFRUHR an der RUHR

Straßenblockaden, Brückenbesetzungen, Fackelmärsche nachts um zwei Uhr.. ungewohnte Nachrichten aus dem Ruhrpott.

Ende 1987: Der Krupp-Konzern beschließt, sein hochmodernes Stahlwerk in Rheinhausen dichtzumachen.

Die Antwort der 6000 betroffenen Stahlwerker kommt postwendend und massiv: Sie besetzen die Rheinbrücke und legen das gesamte Verkehrsnetz mit Blockaden lahm. Die Polizei muß zuschauen und wagt nicht, einzugreifen.

Die Stahlarbeiter und ihre Familien fürchten um ihre Existenz. An Ersatzarbeitsplätze ist nicht zu denken, in anderen Stahlwerken ist ebenfalls mit dem Abbau von Arbeitsplätzen zu rechnen.

Wenn dann noch, wie angekündigt, bis Mitte der 90er Jahre über 20.000 Arbeitsplätze im Bergbau vernichtet werden sollen, droht der einstmalig stolzen Ruhrregion und ihren Bewohnern das soziale Aus.

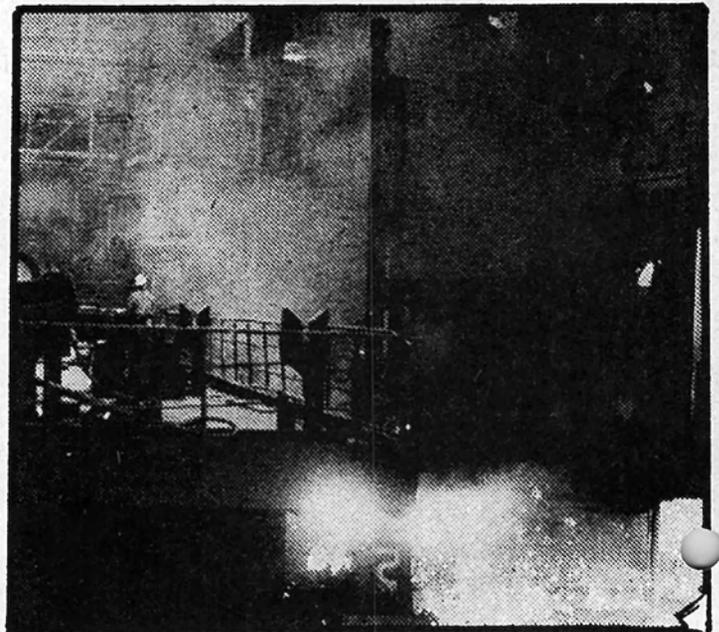
Das soziale Aus für Rheinhausen würde die Schließung des Stahlwerks schon heute bedeuten. Jahrzehntlang war die Stadt von Krupp geprägt. Krupp hat die Politik beherrscht, und Krupp hat immer wieder die Ansiedlung anderer Betriebe verhindert. Umso schlimmer sind jetzt die Folgen. Auch die in Rheinhausen ansässigen Geschäftsleute spüren, daß es ihnen an den Kragen geht.

Sie unterstützen die Stahlarbeiter, hängen Protestplakate in ihren Geschäften aus und versorgen die Brückenbesetzer mit Verpflegung.

Die ganze Stadt, Arbeiter und ihre Familien, Gewerkschaften und Parteien, Vereine und Kirchen - sie alle kämpfen gegen die Entscheidung einiger Konzernmanager.

Eine Entscheidung einiger Aktionäre, die das "Aus" für Zehntausende Menschen bedeutet!

So "demokratisch" geht es in unserem Land zu!



Eindrücke aus Rheinhausen

Oben: Im Im Stahlwerk

Rechts: Stahlarbeiter-siedlung "Margarethe"



Herausgeber:
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
Wohngebietsgruppe Malsfeld

Anschrift der Redaktion:
Heinz Schneider
Guthardtstr. 6
3509 Malsfeld
Tel.: 05661/50168



Auflage 1700
Elgendruck

Was ist los in Rheinhausen. Warum wird ein Stahlwerk, daß sich auf dem modernsten technischen Stand befindet, dichtgemacht? Warum werden Produktionsanlagen im Wert von über 1 Milliarde DM vernichtet? Warum sollen tausende von Menschen, die das alles in jahrelanger Arbeit geschaffen haben, diese Arbeit völlig umsonst getan haben!

Weil es die Stahlbosse, die Aktionäre so wollen! Krupp Rheinhausen macht keine Verluste. Stahl wird auch in Zukunft gebraucht, auch wenn der Bedarf abnehmen wird.

Aber diejenigen, deren Milliardenvermögen die Stahlarbeiter Mark für Mark schwer erarbeitet haben, wollen dieses Geld in Bereichen anlegen, in denen sie sich noch höhere Profite versprechen!

Mit einem Federstrich vernichten sie die Existenz zehntausender Menschen, nehmen ihnen und ihren die Kindern die Zukunft!

Die Besucher der Januarversammlung der DKP Malsfeld spendeten spontan fast 70 DM für Rheinhausen. Ein Solidaritätstelegramm wurde verabschiedet, und aus der Gruppenkasse wurde die Spende auf 100 DM aufgerundet.

Rheinhausen ist überall !

Ob Krupp in Rheinhausen, ob VW oder B.Braun in unserer Region.

Was dort heute passiert, kann uns schon morgen treffen.

Denn im wichtigsten Bereich unserer Gesellschaft, in der Wirtschaft, gibt es keine Demokratie. Hier entscheiden wenige Superreiche und ihre Manager nach Gutdünken und ohne Rücksichtnahme auf die "lieben Mitarbeiter".

Solange dies nicht geändert wird, solange die arbeitenden Menschen nicht wirksam und umfassend mitbestimmen können, solange wird es Betriebsstillegungen, Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit geben.

Wirkliche Demokratie gibt es nur mit Demokratie in den Betrieben !

Solidarität tut not !

Die Menschen in Rheinhausen brauchen unsere Solidarität!

Aus dem ganzen Land erhalten sie Telegramme und Spenden, Solidaritätskundgebungen und -streiks werden abgehalten.

Dieser Strom darf nicht abreißen.



Solidaritätskundgebung vor dem Werk - eine von vielen

Schorsche kommentiert:



Liebe Malsfelderinnen und Malsfelder,

waren Sie schon einmal in Wiesbaden, unserer Landeshauptstadt? Nein? Aber ich! Vor wenigen Tagen erst. Von meinem Besuch dort will ich Ihnen heute erzählen.

Auf den ersten Blick ist Wiesbaden eine Stadt wie viele andere auch in unserem schönen Hessen. Schmucke Häuser, viele Autos, noch mehr Menschen und das unvermeidliche Mc Donalds-Restaurant - eigentlich alles ganz normal.

Und so verlief mein Bummel durch die Innenstadt zunächst völlig erwartungsgemäß. Geschäfte wie überall, Menschen wie überall. Hier ein paar Punker, dort ein paar Banker, dazwischen Menschen wie Du und ich.

Dann bin ich auf die Idee gekommen, den Landtag zu besichtigen. Ich verlasse also die Innenstadt und laufe den Schildern "Landtag" nach. Merkwürdig, denke ich dabei. Die Straßen wurden immer leerer, und die wenigen Passanten mustern mich mit seltsamen Blicken. Mir wird ganz unwohl in meiner Haut.

Als ich dann um die nächste Straßenecke biege, sträuben sich mir sämtliche Haare! Uplötzlich fühle ich mich nach Harlem versetzt - eine völlig andere Welt!

Ich sage Ihnen, daß nackte Elend! Auf den Straßen türmt sich der Müll, Ratten laufen mir über den Weg.

An den Straßenrändern hausen die Ärmsten der Armen in Pappkartons, ohne Heizung, Wasser und Strom - und das im bittersten Winter!

Hier müssen unsere armen Landtagsabgeordneten ihr Dasein fristen. Hier leben sie, ausgezehrt von Hunger und anstrengender Arbeit. Und Sie hätten noch nicht einmal ein notdürftiges Dach über dem Kopf, wenn nicht mitleidige Großunternehmen wenigstens ein paar ausgediente Pappkartons spendiert hätten - als kargen Lohn für ihre Aufsichtsratposten. An den Aufdrucken auf den Kartons kann man sogar erkennen, wer in welchem Aufsichtsrat tätig ist.

Beinahe luxuriös nimmt sich hier die Hütte des Landtagspräsidenten Jochen Lenge-
mann aus - eine Holzhütte mit 2 Zimmern! Die Bretter dazu hat, der Aufschrift nach, die Firma Nukem spendiert.

Neben ihm residiert der Fraktionsvorsitzende der F.D.P. in einem Neckermann-Karton, sein Kollege von der SPD hat einen von den Farbwerken Höchst bekommen.

Als ich durch dieses Elendsviertel spaziere, da meldet sich mein Gewissen. Wie können die Bürger dieses Landes ihre Abgeordneten mit solch armseligen Gehältern ihrem Schicksal überlassen!

Die ärmsten von Ihnen mußten bisher mit ganzen 9.700 Mark im Monat auskommen!

Trotz kostenloser Bahnfahrten und Dienst-Mercedes: Das ist zu wenig!

Und so habe ich Verständnis dafür, daß nunmehr die Abgeordnetenbezüge auf 13.400 Mark im Monat angehoben werden sollen!

Vielleicht kann sich dann der eine oder andere von Ihnen wenigstens eine bescheidene Sozialwohnung leisten!

Ever Schorsche